

Streit entzweit Grüne und SPD

Fall einer Roma-Familie erhitzt die Gemüter / Gall rechtfertigt Abschiebung

Freiburg (dpa/lsw). Nach der Abschiebung einer Roma-Familie mit sechs kleinen Kindern wächst die Kritik an der grün-roten Landesregierung in den eigenen Reihen. Die Grünen-Politikerin Beate Böhlen (Baden-Baden) warf dem Innenministerium vor, die Zusage eines Stopps von Abschiebungen im Winter gebrochen zu haben. Bis zum 19. März werde es keine Abschiebungen geben, habe das Ministerium ihr gegenüber geäußert, sagte die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags. Innenminister Reinhold Gall (SPD) wies das zurück. „Diese Äußerung trifft nicht zu“, teilte er mit.

Auch die Gemeinderatsfraktionen von SPD und Grünen in Freiburg erklärten, sie seien „aufgrund von Hinweisen aus dem Innenministerium“ davon ausgegangen, dass es in den Monaten Januar und Februar keine Abschiebungen geben solle. Im Fall der Familie Ametovic sei ein ausführlicher Härtefallantrag „wegen dieser Fehlinformationen zu spät eingereicht“ worden. „Das Vorgehen der Landesregierung ist uns unerklärlich“, kritisierten die beiden Fraktionen in einem gemeinsamen Schreiben an Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Gall. Der Innenminister sagte, er habe schon im Dezember öffentlich und gegenüber den Grünen den Winterabschiebe-Stopp für untauglich erklärt. Die Rückführung der Familie sei geboten und zumutbar gewesen. Diese habe „keine Probleme bei der medizinischen Versorgung und bekomme zum

Teil Sozialhilfe“, sagte Gall und bezog sich dabei auf das serbische Innenministerium. Die Unterstützer der Ametovics wiesen dies als falsch zurück. Die Aussagen der Familie seien absolut glaubwürdig, sagte der Geschäftsführer des Jugendhilfswerks Freiburg (JHW), Carlos Mari, gestern.

JHW-Mitarbeiter hatten die Familie in der Stadt Nis besucht und anschließend

titionsausschuss des Landtags die Möglichkeit gehabt, eine Duldung zu gewährleisten, sagte der JHW-Geschäftsführer. Er könne daher nicht verstehen, „wenn einige Grüne sich jetzt hinstellen und Krokodilstränen weinen“. Mari warf den Behörden vor, „hier ein Exempel durchzuziehen, weil man befürchtet, dass andere Roma in gleicher Weise über solche Kampagnen versuchen, hierzulassen zu bleiben“. Dem Jugendhilfswerk gehe es aber allein um eine menschenwürdige Entscheidung in diesem Fall.

Die Ablehnung eines Asylanspruchs durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Baal) ist mit einer Aufforderung zur Ausreise verbunden. Wenn ein Migrant dieser Aufforderung in der jeweils gesetzten Frist – meist sind das einige Wochen – nicht nachkommt und rechtliche Mittel beim Verwaltungsgericht nicht eingelegt werden oder nicht mehr möglich sind, entscheidet die zuständige Behörde über eine Abschiebung. In Baden-Württemberg ist dies das Regierungspräsidium Karlsruhe. Bei der Entscheidung werde die Einheit der Familie beachtet, sagte ein Sprecher. „Wenn alle Familienmitglieder vollziehbar ausreisepflichtig sind, wird unter humanitären Gesichtspunkten jeder Einzelfall geprüft.“ Dazu gehören auch medizinische Gründe, die dem Vollzug einer Abschiebung entgegenstehen könnten. Nach der Entscheidung des Regierungspräsidiums erhält die zuständige Polizeibehörde eine Anweisung, die Abschiebung vorzunehmen.



ZURÜCK IN SERBIEN: Über die Abschiebung dieser Familie streitet die Regierungskoalition. Foto: dpa

von einer desolaten Unterbringung berichtet. Die Familie sei völlig mittellos und habe noch nicht einmal eine Fahrkarte für die Bahnfahrt in ihren früheren Wohnort erhalten. Weder Kretschmann noch Gall hätten dem JHW auf die in der vergangenen Woche übersandten Berichte, Fotos und Videos zum Schicksal der Familie in Serbien geantwortet, kritisierte Mari. Die Regierungsparteien hätten im Rahmen des Verfahrens im Pe-